Donnerstag, den 26. Juni 1924. | Lodzer Volkszeitung | Einzelnummer: 20 Groschen.

Nr. 33. | Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 10 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt. | Der Abonnementspreis für den Monat Juni beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich. | 2. Jahrg.

Gegen die Unterdrückungspolitik in Polen.

Rede des Abgeordneten Artur Kronig (D. A. P.) zum Budget des Ministeriums des Innern, gehalten am 21. Juni 1924.

Hohes Haus! Es ist eine bekannte Wahrheit, daß die Vorschriften der Gesetze an und für sich keine Gewähr für eine gute Verwaltung des Landes bieten. Der entscheidende Faktor ist hier der Geist, in dem die Regierung und ihre Organe die Gesetze ausführen. In dieser Beziehung aber herrscht bei uns in Polen vollkommene Einheitlichkeit. Ueberall herrscht derselbe Geist, der Geist der Reaktion, des Hasses und des engen Nationalismus. Dieser Geist ist überall derselbe, sei es im Unterrichtsministerium oder im Justizministerium, Kriegsministerium oder Innenministerium. (Stimme: Erinnern Sie sich an den Wagen des Drzymała, Herr Kollege.) Aber, meine Herren, können Sie denn nichts neues erdenken. Sie wiederholen nur ständig das Beispiel von dem Wagen des Drzymała. (Lärm.) Charakteristisch für den Geist, der in unserer Regierung sowie im Sejm herrscht, war das letzte Auftreten des Herrn Kriegsministers während der Debatte über das Militärbudget.

Die Verleumdung des Kriegsministers.

Der Herr Kriegsminister sagte u. a., daß der Vorwurf des Militarismus und Imperialismus des Polnischen Staates, der von der deutschen und kommunistischen Propaganda fabriziert wurde (Stimme: So ist es), hier von einem Abgeordneten der deutschen Gruppe erhoben und dann von dem ukrainischen und weißrussischen Nationalismus aufgenommen worden ist. Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß während der gegenwärtigen Debatte über das Budget des Kriegsministeriums keiner der Abgeordneten des deutschen Klubs gesprochen hat. Der Kriegsminister konnte also nur die früheren Aeußerungen unseres Klubs im Sinne haben. (Abg. Popiel: Aber Herr Piesch hat in der Generaldebatte davon gesprochen.) In der Generaldebatte war keine Rede vom Militarismus. (Stimme: Wieso nicht?) Ich werde Ihnen sofort erklären, worauf dies beruht. Der Herr Kriegsminister konnte nur die früheren Reden unseres Klubs im Sinne haben und wirklich hat einer der Abgeordneten unseres Klubs, und das war ich, in der Rede vom 15. März v. J. gesagt: „Es ist unser Unglück, daß die militaristische Richtung unserer Politik sich die wirtschaftlichen Interessen unseres Landes unterordnet", und in der Rede vom 3. August v. J. bin ich gegen die hohen Ausgaben für das Militär aufgetreten. Was die Behauptung betrifft, daß der von mir erhobene Vorwurf des Militarismus von den Weißrussen und Ukrainern aufgenommen war, so glaube ich, daß es überaus lächerlich wäre, anzunehmen, daß die Klubs der Ukrainer und Weißrussen sich in der Bildung ihrer politischen Ansichten von einer von mir hier gehaltenen Rede würden leiten lassen. Ich muß jedoch ganz kategorisch Verwahrung gegen die Unterstellung des Generals Sikorski einlegen, als ob mein Vorwurf des Militarismus und Imperialismus des polnischen Staates sich auf reichsdeutscher oder kommunistischer Propaganda stützen würde. Wenn ich diesen Vorwurf erhoben habe, so deshalb, weil dies meine eigene Ueberzeugung ist, die sich auf Tatsachen und auf einer nüchternen Auffassung der Dinge stützt. Oder ist dies etwa nicht Militarismus zu nennen, wenn die Ausgaben für das Militär 50 Pzt. der Gesamtstaatsausgaben überschreiten? (Stimmen: Es ist nicht wahr.) Für mich sind die Rechenkunststücke, die Ihnen Herr Sikorski hier vorgeführt hat, nicht maßgebend, ich rate Ihnen aber den Bericht des Abgeordneten Czetwertynski zu lesen, in dem klar gesagt ist, daß diese Ausgaben 50 Prozent der Staatsausgaben überschreiten. Uebrigens, was ist hier noch viel zu sagen, wenn unsere

militaristisch-imperialistische Richtung

doch ganz ausdrücklich von keinem geringeren festgestellt wurde, als von dem Oberhaupt des Staates, von dem Präsidenten der Republik Polen, in seiner letzten Rede in Posen. Denn nichts anderes als Imperialismus bedeutet doch die Wendung in seiner Rede, daß noch nicht alle polnischen Länder mit dem Mutterlande vereinigt sind. Und ist es nicht Militarismus, wenn der Präsident in dieser seiner Rede das Hauptgewicht auf die Entwicklung des Heeres und die Vergrößerung der Ausgaben für das Militär legt? Gegen diese Rede des Herrn Präsidenten sind nicht wir Deutschen aufgetreten, sondern die polnischen Parteien selbst haben dagegen Front gemacht. Es kann also hier von einer reichsdeutschen Propaganda keine Rede sein. Der Antrag über die Verringerung der Bezüge des Präsidenten um einen Zloty wurde nicht von uns, sondern von einer der polnischen Parteien gestellt. (Abg. Puchalka: Aber Ihr habt ihnen das eingeflüstert.)

Angesichts dessen ist es klar, daß der von uns erhobene Vorwurf sich nicht auf reichsdeutscher Propaganda stützt, sondern die tatsächliche Lage der Dinge widerspiegelt. Wenn der Herr Kriegsminister, der sich bereits durch die seinerzeit gleichfalls in Posen ausgegebene Losung der Entdeutschung des Landes einen traurigen Ruhm erworben hat, wenn dieser Herr Kriegsminister zu Beginn seiner politischen Ausführungen uns eine solche Verleumdung entgegenwirft, so ist dies nichts weiter als eine Aeußerung dieses uns feindlichen Geistes, der in den maßgebenden Kreisen herrscht (Stimme auf der Rechten: Ihr seid die Vertreter des Volkes, dessen Losung hieß: „Ausrotten".) Ich bin der Vertreter eines Volkes, das in kultureller Hinsicht eine führende Stellung einnimmt. (Ungeheure Lärmszenen.) — Meine Herren, die Absicht war, uns zu mißkreditieren und als Feinde des Staates anzuschwärzen, um eine Begründung für die uns gegenüber äußerst feindliche Politik zu finden.

Derselbe Geist, der in der unglücklichen Kundgebung des Kriegsministers zum Ausdruck kam, derselbe feindliche Geist herrscht gleichfalls im Innenministerium.

Der Sitz der Reaktion.

Von allen Behörden in der Republik Polen ist gerade das Innenministerium ein wahres Nest der Reaktion, der Sitz der Rückständigkeit in Polen. Eine gute Innenpolitik ist die Grundlage jeder staatlichen Politik, der Entwicklung und der Macht des Staates im In- und Auslande. Sowohl die innere Geschlossenheit als auch die Bedeutung des Staates in der internationalen Politik hängen in erster Linie von einer guten Innenpolitik ab. Dies wurde hier während der Debatten über die auswärtige Politik sowohl von rechter wie auch von linker Seite festgestellt. Die Erfolge unserer Außenpolitik sind durch eine gute Innenpolitik bedingt, u. a. auch durch den Standpunkt, den der Staat den nationalen Minderheiten gegenüber einnimmt. (Stimme: Man muß Euch eine härtere Faust zeigen). Sie werden sehen, wohin Sie diese härtere Faust führen wird. — Polen hat bereits sehr viel Autorität im Auslande verloren und zwar gerade durch derartige Auffassungen. (Stimme: Und wie erfüllt Ihr den Versailler Friedensvertrag in Deutschland?) Bereits einige Male ist von Seiten der Abgeordneten während unserer Reden der Vorwurf gefallen: Wie macht Ihr dies oder jenes in Deutschland? Ich möchte hier feststellen,

daß wir Bürger des polnischen Staates sind

und uns allein das Polnische Reich interessiert und nicht das Deutsche Reich. Polen hat seine diplomatischen Vertreter und kann dort intervenieren, wenn dies notwendig ist. Ich bin polnischer Staatsbürger und, gestützt auf die Konstitution unseres Staates, ich sage ausdrücklich unseres Staates, verlange ich für uns gleiche Rechte. (Stimme: Ihre Rede ist nicht die Rede eines loyalen Bürgers des polnischen Staates.) Meine Loyalität unterliegt keinem Zweifel, ich bin sogar weit loyaler als Sie und Ihre Kollegen, denn Sie lassen sich nicht von staatlichen Grundsätzen leiten, sondern von Nationalismus, und dadurch richten Sie den Staat zugrunde.

Wo bleibt die Konstitution?

Ich will jetzt zum Innenministerium zurückkehren. (Stimme: Endlich.) Wir haben in unserer Konstitution sehr schöne Grundsätze. Es ist dort die Rede von der Gleichberechtigung, von der Freiheit des Gewissens und der Ueberzeugung, von der Freiheit der Presse usw. Aber was, meine Herren, ist aus all dem geworden? Was haben unsere Verwaltungsbehörden aus dieser Freiheit des Gewissens, der Ueberzeugungen und der Presse gemacht? Alles dies ist vernichtet worden. Ueber die Gleichberechtigung der Bürger macht man sich geradezu lustig. (Stimme: Sagen Sie etwas vom Deutschtumsbund.) Eure Tätigkeit hat dazu geführt, daß der Deutschtumsbund nicht existiert und seine für den Staat nützliche Wirksamkeit nicht entfalten kann. (Stimme: Für den Deutschen Staat wollten Sie sagen. — Lärm, verschiedene Zwischenrufe. Abg. Popiel: Der Deutschtumsbund ist eine Spionageorganisation.) Herr Kollege Popiel, wenn Sie beweisen können, daß dies eine Spionageorganisation ist, so werde ich als erster dafür sein, daß man diese Spione einsteckt. (Abg. Popiel: Die sitzen schon im Gefängnis als deutsche Spione; Sie verteidigen sie als makellose Staatsbürger, während ich sie als Spione ansehe. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir.)

In unseren Verwaltungsämtern spukt der Geist des Bürokratismus. Die Starosteien und Regierungskommissariate erledigen sämtliche Angelegenheiten mit großer Nachlässigkeit. So ist z. B. eine so einfache Sache, wie die Herausgabe von Päffen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Auf einen Personalausweis muß man wochenlang warten und dabei bis zehnmal nach dem Amte laufen. Aber nicht nur diese Sachen, sondern fast alle Angelegenheiten bleiben wochen- und monatelang unerledigt.

In manchen Kreisen betrachten sich die Starosten als unbeschränkte Herrscher. Wie oft schon wurden von unserer Seite dagegen Klagen erhoben, so z. B. gegen die Starosten in Graudenz und Schubin. Aber leider zeitigen diese Klagen keinerlei Erfolge. Die Wojewoden und Starosten betreiben ihre eigene Politik, sie halten sich weder an die Konstitution noch an die allgemeinen Tendenzen der Staatspolitik.

Die Entdeutschung des Landes.

Bekannt ist die Tätigkeit des Wojewoden Brejski in Pommerellen, der kürzlich zurückgetreten ist. Der Posener „Przegląd Poranny“ sagt bei der Besprechung der Tätigkeit dieses Wojewoden u. a. folgendes: „Seine Kraft widmete er der positiven Arbeit, d. h. der Entdeutschung Pommerellens. Sein Verdienst ist es, daß solch eine Festung des Deutschtums, wie Graudenz, durchbrochen wurde, und daß die Deutschen so schnell Pommerellen verlassen haben und an ihre Stelle Polen gekommen sind.“ (Stimme auf der Rechten: Sehr gut, das ist fremdes eingewandertes Element.)

Meine Herren, ich habe bisher geglaubt, daß in Polen wie wo anders positive Arbeit diejenige tatsächliche Arbeit genannt wird, die in der Richtung der Hebung des Wohlstandes und des Ansehens des Staates geht. Jetzt erst habe ich erfahren, was man in Polen positive Arbeit nennt — die Entdeutschung des Landes — das ist positive Arbeit! Die Politik solcher Herren Brejski hat dazu geführt, daß im ehemaligen preußischen Teilgebiet, wo sich 1,200,000 Deutsche befanden, 800.000 das Land verlassen haben. (Stimme: Zu wenig.) Meine Herren, fahren Sie weiter so fort und bald wird das Ziel erreicht sein (Stimme: Gott geb's), und es wird keine deutsche Minderheit mehr im Lande geben. Dies wird die beste Lösung der Minderheitenfrage in Polen sein. Ich muß Ihnen jedoch, meine Herren, eins sagen: Es wird Euch nicht gelingen, diese 12 Millionen nichtpolnische Bevölkerung zu verdauen, Ihr werdet Euch den Magen dabei verderben, aber verdauen werdet Ihr sie nicht. (Stimme: Noske muß uns belehren). Es ist dies ein sehr anständiger Mensch meiner Meinung nach. (Stimme: natürlich. Stimme: Hörsing ist noch besser). Mit dem bin ich nicht einverstanden, denn er hat die polnische Bevölkerung unterdrückt; ich kann als polnischer Staatsbürger nicht mit ihm sympathisieren. (Stimme: Seit wann besteht denn diese Meinungsänderung?)

Meine Herren, im Kreise Bromberg wurde ein Deutscher, der polnischer Staatsbürger ist, auf ungesetzliche Art und Weise von seinem Besitztum entfernt. Dank der Intervention der Abgeordneten wurde diese Anordnung rückgängig gemacht. Der Starost berief darauf den Besitzer zu sich und sagte ihm u. a.: „Was der Völkerbund sagt, ist mir egal, Sie fliegen trotzdem hinaus.“ Wie sehen in diesem Lichte die Erklärungen und Versicherungen der Abgeordneten aller Parteien aus, die hier kürzlich die Bedeutung des Völkerbundes sowie ihre Achtung vor der Konstitution unterstrichen haben. (Stimme: Mit welchem Recht geht Ihr nach dem Völkerbund?) Den Völkerbund betrachten wir als internationale Institution, zu der

wir ein Anrecht haben

dank dem Versailler Vertrag, auf den sich auch die Existenz des polnischen Staates stützt. (Stimme: Aber Ihr gehört nicht zum Völkerbund.) Nein, wir gehören zum polnischen Staat. Aber wenn sämtliche Klagen, die in unseren Reden und Interpellationen vorgebracht werden, ohne Erfolg bleiben und man über sie zur Tagesordnung übergeht, so bleibt uns kein anderer Weg, (Stimme: Als sich nach Berlin zu wenden), als sich an diese Instanz zu wenden, die Sie alle anerkennen. (Lärm, verschiedene Zwischenrufe).

Vizemarschall Moraczewski: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen, da seine Zeit begrenzt ist. (Stimme: Er soll uns nicht provozieren, dann werden wir ihn nicht unterbrechen.) Ich bitte ihn ausreden zu lassen.

Unsere Polizei.

Ich will noch einige Worte über die Sicherheitsbehörden sagen. Die Polizei ist dazu da, um Leben und Eigentum der Bürger zu schützen. Bei uns scheint es zum Grundsatz geworden zu sein, daß die Polizei nicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, sondern zur Schikanierung der Bürger da ist. Ich werde Ihnen hierfür Beispiele anführen und Sie werden selbst zugeben, daß es so ist. Auch der Herr Minister wird es zugeben müssen. Die Polizei erfüllt ihre Pflicht nicht dort, wo es nötig ist, dort, wo es um den Schutz der Bevölkerung, und des Eigentums geht. Sie wird zu anderen Sachen mißbraucht.

Es hat bei uns bereits die Ansicht Platz gegriffen, daß nicht die Polizei für die Bevölkerung, sondern die Bevölkerung für die Polizei da ist. Die Behandlung der Bürger durch die Organe der Polizei ist unerhört brutal. Besonders leidet darunter die arbeitende Bevölkerung, die sich nicht wehren kann, und selbstverständlich die völkischen Minderheiten. Das Schlagen der Bevölkerung durch die Polizei ist auf der Tagesordnung. (Stimme: In Berlin hat die Polizei die Kinder aus der Kirche gejagt.) Kämpft Ihr doch darum in Berlin, ich kämpfe als polnischer Staatsbürger hier mit den Mängeln unserer Administration, denn mir geht es darum, daß wir eine gute Verwaltung haben, damit sich der Staat gut entwickelt. Es ist sehr schlecht, daß Sie, meine Herren, das nicht verstehen. Das ist eben Euer enger Nationalismus, der Euch das Verständnis dafür nimmt. (Stimme: Glauben Sie nicht, daß wir so dumm sind.)

Es ist heute bereits eine allgemein verbreitete Ansicht, daß, wenn jemand mit der Polizei zu tun hat, es dabei

ohne Ohrfeigen nicht abgeht.

Ganz besonders sind die politischen Gefangenen dem Schlagen seitens der Polizei ausgesetzt. Die meisten Fälle kommen garnicht ans Tageslicht, denn die Leute sind terrorisiert und fürchten sich. Die Zustände bei der politischen Polizei sind ungeheuerlich. Die Verhafteten werden 6 bis 7 Wochen in den Untersuchungsämtern gehalten, da die Gefängnisse überfüllt sind. Meine Herren, ich werde Ihnen einige Blüten zeigen, wie sie auf dem Boden der polizeilichen Eigenmächtigkeit täglich emporsprießen. In Lodz kommt ein Polizeikommissar in Zivilkleidung aus der Kneipe, begibt sich in den Hofraum eines Hauses nnd verunreinigt diesen. Der Wächter macht ihn auf das Unstatthafte seines Benehmens aufmerksam, worauf dieser Kommissar ihn einfach abohrfeigt. Der Hausbesitzer interveniert und beruft sich dabei auf die Konstitution. Der Kommissar gibt ihm hierauf zur Antwort: „Die Konstitution habe ich im ....“; er nannte dabei einen Teil des menschlichen Körpers, den ich aus Gründen der Anständigkeit nicht wiederholen kann. Was soll man dazu sagen, wenn ein Vertreter der Behörde sich so über die Konstitution des Staates ausläßt? (Stimme: Das ist lächerlich.) Es ist garnicht lächerlich, wenn die Konstitution bei den Behörden in solcher Mißachtung steht. Die Angelegenheit wurde dem Gericht übergeben. Das Gericht hat diese Angelegenheit, wie gewöhnlich in solchen Fällen, niedergeschlagen. Der Kommissar wurde nur nach einem anderen Bezirk versetzt, wo er dieselbe Stellung bekleidet. (Stimme: Er wurde also bestraft.) Das ist keine Strafe, das bedeutet völlige Straflosigkeit für die Polizei.

Eine 80jährige Frau wendet sich an die Polizei in Angelegenheit der Bauvorschriften. Da sie schlecht polnisch spricht, wird sie vom Polizeikommissar einfach nach Berlin geschickt. Was sind das für Zustände, meine Herren! Ist irgendwo in den Gesetzen oder in der Konstitution eine Vorschrift enthalten, daß ein Bürger des polnischen Staates polnisch kennen muß? Muß man ihn deshalb, weil er nicht polnisch spricht, nach Berlin schicken? Aber, meine Herren, ich wundere mich darüber nicht, denn Sie sagen ja hier im Sejm dasselbe. Ihr Horizont ist eben nicht weiter als der Horizont der Polizei. In solchen Fällen findet aber die Polizei immer Zeugen, die zu ihren Gunsten aussagen, und diesen Zeugen wird Glauben geschenkt.

Die Polizei mißbraucht oft ihre Gewalt, um Wohnungen für sich zu beschaffen. So hat ein Aspirant der Kriminalpolizei in Lodz unter dem Vorwande der Aufsicht über den Nachlaß eine Privatwohnung besetzt und diese für sich behalten. Es gibt Fälle, wo

die Polizei mit Gewalt

in Privatwohnungen eindringt, die Möbel auf die Straße wirft und dort Beamte einführt. (Stimme: Wo war das?) Um zu beweisen, daß dies keine leeren Worte sind, kann ich Ihnen die genaue Adresse angeben: Bromberg, Gdanska 135. In einem anderen Falle hat man eine Ladeneinrichtung auf die Straße geworfen, um einem anderen Platz zu machen. Durch derartige Fälle wird die Ansicht verbreitet, daß die Polizei alles machen kann, daß ihr alles erlaubt ist und alles straflos ausgeht.

Wenn wir uns die Tätigkeit der Polizei näher ansehen, so müssen wir feststellen, daß die Polizei nicht als Mittel zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit angesehen wird, sondern als Mittel in der Hand der Reaktion zur Unterdrückung der Demokratie, der nationalen Minderheiten und der Arbeiterbewegung. Es werden unbegründete Revisionen veranstaltet bei Personen, die den oppositionellen Parteien angehören, besonders aber bei den völkischen Minderheiten. Die Vertrauensmänner der deutschen Parteien werden verfolgt, man dringt ohne gerichtlichen Befehl in ihre Wohnungen ein, rechtlose Verhaftungen sind auf der Tagesordnung. Als Beispiel erwähne ich die Verhaftung des Studienrats Heidelck in Bromberg.

Anmerkung der Schriftleitung: Wegen Raummangels können wir den Schluß der Rede erst in der Sonntagsfolge bringen. Unsere Leser finden denselben im Beiblatt.

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(Nachdruck verboten.)

(13. Fortsetzung.)

„Brauch' ich ja nicht. Adalise hat doch kürzlich geheiratet, da quartiere ich mich statt ihrer bei Klaudia ein. Und jetzt helfe ich ihnen rasch, daß wir in Ordnung kommen. Bedienung brauche ich nie. Ich bin gewohnt, mir alles selbst zu machen. Wo ist Klaudias Zimmer?“

„Hier nebenan...“ sagte Minna wider Willen, bezwungen durch die rasche, bestimmte Art Fräulein Maras. „Aber das sage ich gleich: Ich wasche meine Hände in Unschuld...“

„Nur zu! Ich liefere dann die Seife dazu! Nun helfen sie mir aber einstweilen, meinen Koffer hineintragen. Ich möchte mich bloß rasch umkleiden. Dann gehen wir an die Arbeit.“ —

Minna konnte nicht genug staunen, wie rasch die Arbeit zu zweit dann auf einmal vorwärts ging. Dieses neue Fräulein von Hilbert verstand es aber auch von Grund aus, Hausarbeit gründlich und „mit Kopf“ anzupacken... trotz des Sparrens mit der Medizin!

Flink wie ein Eichkätzchen glitt sie herum, und unter ihren weißen, nervigen Händen wurde es so blitzsauber, daß Minna immer nur den Kopf schüttelte.

„Eine Schönheit ist sie ja gerade nicht,“ dachte die Alte, sich zum erstenmal in diesem Hause willig fremden Anordnungen fügend. „Kaum mittelgroß, schwarzhaarig und blaß, mit „ganz gewöhnlichen“ graugrünen Augen, kann sie sich mit ihren Kusinen kaum messen. Aber tüchtig ist sie! Und wenn sie einen so anschaut mit ihren lustigen, klaren Augen, dann hat sie doch was an sich — man muß ihr einfach gut sein, ob man will oder nicht! Und stolz ist sie gar nicht!“ So lautete Minnas Urteil.

Inzwischen wurde bei der fremden Arbeit auch munter geschwatzt. Fräulein Mara erzählte allerlei aus dem Haus ihres Vormunds, der seelengut war, aber so komische Angewohnheiten hatte. Zum Beispiel halte er in seiner Notariatskanzlei den Klienten immer erst eine Strafpredigt, ehe er sie zu Wort kommen lasse. Oder er halte auf seinem Abendspaziergang fremde Bauernfrauen an, um sie erst über ihre Wirtschaft auszufragen und dann, einerlei, ob es angebracht war oder nicht, sie sehr ernsthaft zum Sparen ermahnte, denn heutzutage seien alle Menschen Verschwender...

Minna dagegen machte die neue Hausgenossin mit den Eigenheiten des Hilbertschen Haushaltes bekannt. Schilderte ihr die Gewohnheiten der einzelnen Familienmitgliedern, klagte ein bißchen, wie schwer sie es hätte, da jeden Tag eine andere Einteilung sei und Frau Cälia, obwohl sie nie Zeit für etwas habe und alles vergesse, doch durchaus darauf bestünde, den ganzen Haushalt bis in die kleinsten Einzelheiten selbst zu leiten, wodurch eben beständig ein kopfloser Wirrwarr herrsche...

Auch von Adalises glänzender Heirat mit dem „klotzig“ reichen Gottulan berichtete sie, ebenso daß Herr Manfred sich noch jetzt darüber ärgere. Fräulein Mara sagte nichts dazu, aber es war ihr ganz lieb, auf diese Weise schon ein Bild von ihren Verwandten zu bekommen, die sie eigentlich bisher nur aus brieflichem Verkehr kannte.

Punkt sechs war man fix und fertig mit der Arbeit, und die Wohnung strahlte in nie dagewesener Sauberkeit und Ordnung.

„Nun laufe ich noch rasch mal hinunter und besorge uns ein Abendbrot, Minna, denn Kaffee haben sie nun genug geschlemmt!“ erklärte Fräulein Mara. „Nachher richte ich den Teetisch.“

Minna wollte zwar Einspruch erheben, es sei nicht nötig, einen Teetisch zu decken, und es schicke sich nicht für das gnädige Fräulein, das Abendbrot selbst zu holen, sie werde schon noch das Nötige besorgen — aber Mara ließ es nicht zu.

„Sie sind alt und heute gerade genug auf den Füßen gewesen. Den Teetisch aber lasse ich mir erst recht nicht nehmen. Das soll mein Willkommensgruß sein!“

Hilberts machten große Augen, als sie daheim die fremde Kusine als Gast vorfanden. Frau Cälia schlug sich selbstverständlich wieder schuldbewußt an die Stirn. Du lieber Gott, natürlich, der Brief, den hatte sie vorgestern erhalten und dann gänzlich vergessen. Genau wie die Abmachungen seinerzeit mit dem Vormund Maras, die ihr vollkommen entfallen waren. „Ja, so bin ich! Schrecklich! Schrecklich! Und du armes Kind mußtest dadurch mitten in die fürchterliche Räumerei kommen!“

Sie war ehrlich betrübt, umarmte Mara immer wieder und versicherte ihr, wie sehr sie sich nun freuten, sie da zu haben!

Auch Klaudia versicherte dies. Es war so langweilig im Haus, seit Adalise fort war! Und abends im Bett hatte sie niemand zum plaudern. Nun wollten sie es sich recht gemütlich einrichten miteinander, wie Schwestern...

Manfred sagte nicht viel. Er staunte die Kusine nur heimlich an wie einen fremdländischen, niedlicheu, kleinen Vogel, bei dessen fröhlichen Gezwitscher einem warm und behaglich zumute wurde.

Seltsam behaglich fühlten sie sich alle. Der Tisch war gar so zierlich gedeckt, mit Frühlingsblumen darauf, appetitlich zugerichteten Brötchen und allerlei Süßigkeiten, die Mara mit Sachkenntnis beim Konditor ausgewählt hatte. Und dann — es fehlte nichts! Klaudia brauchte nicht jeden Augenblick aufzustehen, um dies oder jenes zu holen, was beim Decken vergessen worden war. Sogar Minna machte ein weniger mürrisches Gesicht als sonst.

Man saß noch bis lange nach Mitternacht beisammen und plauderte. Allen war es, als sei Mara immer dagewesen, so wenig ließ ihre zutrauliche, natürliche Art Fremdsein aufkommen.

„Bloß das begreife ich nicht,“ sagte Manfred kopfschüttelnd, „warum du Medizin studieren willst?“

„Gott, etwas muß man doch tun! Es interessiert mich eben. Ich kann doch nicht nur so hinleben!“ (Forts. folgt.)

Die Ukrainer fordern Freiheit für ihre Partei.

Im Ministerium des Innern fanden Verhandlungen mit den Vertretern der Ukrainischen Sozialistischen Partei statt. Die Abgeordneten Wojtiuk und Skripa forderten von der Regierung die Zurücknahme der Verordnungen, wodurch die Partei in ihrer Tätigkeit behindert wird. Nach der „Gazeta Poranna" soll sich die Regierung dazu bereit erklärt haben, jedoch erst nach der Revision einiger vom letzten Parteitag gefaßten Beschlüsse. Die Ukrainer machten ihre Stellungnahme von dem demnächst stattfindenden Parteitag abhängig.

Und in unsrer Konstitution stehen hohe Worte von der Freiheit des Wortes und der politischen Anschauung. Leider nur Worte...

Gegen den Unterrichtsminister.

Die ukrainischen Senatoren und Abgeordneten wandten sich an den griechisch-katholischen Metropoliten Dionysius mit dem Ersuchen, sein Amt als Metropolit niederzulegen. Dieser Rücktritt soll eine Demonstration gegen den Unterrichtsminister Miklaszewski sein. In dieser Angelegenheit wird Miklaszewski bei der Besprechung des Budgets für das Kultusministerium das Wort ergreifen. Es ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Minister und den Ukrainern zu erwarten.

20000 Waggons Zucker ins Ausland.

Der Hauptrat der polnischen Zuckerindustrie hat sich mit einem Memorial an den Premierminister Grabski gewandt, in dem er Klagelieder über die „traurige Lage" der Zuckerindustrie ausstößt. Die gute Konjunktur der vergangenen Jahre sei vorbei, da sich auf dem Markte immer größere Mengen deutschen und russischen Zuckers zeigen. Der hohe Rat der Zuckerbarone fordert daher erstens

Erhöhung der Zuckerpreise

für Polen und zwar bis auf 98 Zloty für 100 kg, zweitens Beseitigung der Ausfuhrgebühren und drittens Ausfuhr von mindestens 20 000 Waggons.

Der Zynismus der Zuckerbarone kennt tatsächlich keine Grenzen. Wollen die Herren noch mehr verdienen, so hat die Bevölkerung noch mehr zu zahlen.

Polnische Arbeiter in Deutschland.

„Der sozialistische Parlaments-Dienst" stellt fest, daß sich gegenwärtig in Deutschland über 180 000 polnische Saisonarbeiter befinden. Da die Lage der Arbeiter nicht rosig ist, verlangt „Der sozialistische Parlaments-Dienst" den Abschluß eines Vertrages mit Polen, durch den die Arbeiter vor Ausbeutung geschützt werden sollen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Saisonarbeiter, für die Polen nach Verrichtung der landwirtschaftlichen Arbeiten Sorge tragen soll.

Der Faschistenmord.

Mussolini droht fortgesetzt, alle Versuche, den Mord zu politischen Zwecken ausnutzen zu wollen, mit der ganzen Gewalt des Staates niederzuschlagen. Mussolini befürchtet mit Rücksicht auf eine Reihe von oppositionellen Handlungen der Arbeiterschaft, daß es zu einem Streik der Eisenbahner kommen könnte.

Innerhalb der Faschistenpartei ist eine starke Gärung zu beobachten. Der als Sündenbock hingestellte Finzi beschuldigt in einem offenen Brief in der Presse Mussolini selbst und führende Kreise der Faschistenpartei der Korruption und verschiedener unsauberer Manipulationen. Im häuslichen Streit der Faschistenhäuptlinge ist die Arbeiterschaft Zeugin der wunderbarsten Enthüllungen, die diese „Idealisten" ins richtige Licht rücken. So wird bekannt, daß aus Regierungsgeldern verschiedene private Zeitungsunternehmungen reichlich gespeist wurden, daß sich faschistische „Führer" in kurzer Zeit an Bestechungen bereichert und sich ansehnliche Vermögen angesammelt haben. Mussolini selbst soll für die Genehmigung der Spielhöllen riesige Bestechungsgelder erhalten haben, die er jetzt dem Finzi in die Tasche schieben will.

Die an das Tageslicht gebrachten Korruptionsaffären werden den Massen das wirkliche Wesen des Faschismus demonstrieren. Der Faschismus, der jahrelang gegen die Arbeiterschaft auftrat, ist über die Leiche eines sozialdemokratischen Abgeordneten gestolpert.

Die Mörder Dumini und Filipelli haben gestanden, daß sie den Auftrag von hochstehenden faschistischen Persönlichkeiten erhalten haben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sogar die Regierung von dem beabsichtigten Mord gewußt hatte. Die Mörder waren nämlich mit falschen Pässen ausgerüstet, um ihnen das Entkommen zu erleichtern.

Die Faschisten machen Gegendemonstrationen und suchen mit allen Mitteln das Vertrauen des Volkes zurückzugewinnen. Es kam dabei zu blutigen Zusammenstößen mit Arbeitern. An den faschistischen Demonstrationen nahmen Mussolini sowie General Debono teil, der beschuldigt wird, die falschen Pässe besorgt zu haben.

Während die Regierung nichts tut, um das Dunkel zu lüften, ja um wenigstens die Leiche Matteottis aufzufinden, hält Mussolini wie zum Hohn faschistische Paraden ab.

Das ungeheure Verbrechen hat der demokratischen Bevölkerung die Augen geöffnet; erkennt sie ihre Stärke, dann sind die Tage des Faschismus gezählt.

*

Wie schön es im Staate der Fascis aussieht, geht aus nachstehender Meldung hervor: Die Insassen des Gefängnisses, in dem auch die Mörder Matteottis untergebracht sind, verlangten ganz kategorisch von der Gefängnisverwaltung, daß man sie nach einem anderen Gefängnis bringe, da sie nicht gewillt sind, unter einem Dache mit den größten Verbrechern Italiens zu sein. In Palermo und Cosenza sind die Rechtsanwälte in einen Proteststreik getreten. Der Streik richtet sich gegen die Ungerechtigkeiten, die seit der Zeit des Faschismus in den Gerichten herrschen.

London — Paris — Berlin.

Herriot hat Macdonald in Chequers besucht, um über ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Englands auf dem Gebiete der internationalen Politik zu beraten. Beide Ministerpräsidenten sollen sich darüber einig geworden sein, auf welche Weise das Daves'sche Gutachten am besten in die Wirklichkeit umzusetzen sei.

Die Besprechungen, die in der letzten Zeit zwischen den Botschaftern und den für die Außenpolitik verantwortlichen Ministern in Paris, London und Berlin stattgefunden haben, sind viel eingehender gewesen, als man annimmt. Herriot hat den deutschen Botschafter Hoesch sowie den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid empfangen. Macdonald hatte wiederum mit dem Londoner deutschen Botschafter Besprechungen. Die deutsche Regierung wirkt ihrerseits mit aller Kraft, auf der Grundlage der Sachverständigengutachten so rasch wie möglich zu einem Einvernehmen mit England und Frankreich zu kommen. Im Juli soll eine Konferenz stattfinden, an der die Vereinigten Staaten sowie Gen. Daves teilnehmen sollen.

Die erfreuliche Wendung in der internationalen Politik läßt die Hoffnung aufkommen, daß man endlich gewillt ist, das europäische Problem zu lösen.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

In der Freitagsitzung wurde über das Gesetz betreffs des Schutzes der kleinen Pächter beraten. Es wird darauf in zweiter Lesung das Gesetz über die Berechtigung des Arbeitsministeriums zur Berufung einer außerordentlichen Schiedskommission zur Erledigung von Konflikten zwischen Arbeitgebern und Landarbeitern angenommen.

*

In der Sonnabendsitzung des Sejm wurde die Aussprache über das Budget des Innenministeriums fortgesetzt. Der ukrainische Abg. Chrucki fordert die Streichung des Budgets für die Polizei. Die Polizei führe in den Grenzgebieten ein Regiment der Gewalt, das auf die Dauer nicht auszuhalten sei. Die Wegnahme von Ländereien sowie deren Verschenkung an ehemalige polnische Militärs sei eine schreiende Ungerechtigkeit. Für die Kultur, die die polnische Regierung mit Gewalt in den Grenzgebieten zu verbreiten suche, müsse das ukrainische Volk danken.

Nach Chrucki sprach der Abg. Artur Kronig, dessen Rede wir an erster Stelle bringen. Nach ihm ergriff der Abg. Pragier P. P. S. das Wort. Auch er kritisierte in sehr scharfer Weise die Verwaltungsbehörden. Nur die Redner der Rechten konnten nicht genug die Polizei loben. Im übrigen waren die Reden dieser Herren eine Polemik mit den Ausführungen des Abg. Kronig.

Lokales.

Die Aufgaben der Deutschen Arbeitspartei in der Krankenkasse.

Auf der letzten Sitzung des Krankenkassenrats nahmen, wie wir bereits berichteten, die einzelnen Parteien Stellung zur Krankenkasse. Im Namen der Fraktion der Deutschen Arbeitspartei ergriff Abg. E. Zerbe das Wort, der in nachstehender Deklaration den Standpunkt der D. A. P. präzisierte:

„Die Fraktion der Krankenkassenräte der D. A. P. ist in den Rat der Krankenkasse getreten, um die für die Werktätigen so wichtige Institution zu erhalten und zu erweitern. Es geht hier um die Gesundheit der breiten Massen der Werktätigen. Die Krankenkasse ist eine der wenigen sozialen Errungenschaften des aufgeklärten Teils der Arbeiterschaft. Es ist daher Pflicht der Vertreter der werktätigen Kreise, ihre ganzen Kräfte und Fähigkeiten dieser Institution zur Verfügung zu stellen. Wir wissen, daß die Krankenkasse noch große Schwierigkeiten zu überwinden hat, um den Werktätigen das zu geben, was diese mit Recht von ihr fordern. Da die Krankenkasse, was die Organisation sowie die Versicherung selbst anbetrifft, viel zu wünschen übrig läßt, werden wir für die von der Arbeiterklasse aufgestellten Forderungen kämpfen. Die Forderungen dieser Klasse sind unsre Forderungen. Als Vertreter der deutschen Werktätigen werden wir dafür Sorge tragen, daß die deutsche Sprache nicht als Vorwand zu einer schlechteren Behandlung der deutschen Arbeiter wird dienen können.

Die Krankenkasse hat die wilden Angriffe der Reaktion sowie der durch diese verdummten Versicherten abzuschlagen, die sich zum Ziel die Sprengung der zentralisierten Krankenkassen sowie die Beseitigung der Zwangsversicherung zum Ziel gesetzt haben. Alle diejenigen, die auf dem Boden der jetzigen territorialen Krankenkassen stehen, werden in unsrer Fraktion stets entschlossene Verteidiger dieser wichtigen Errungenschaft der Arbeiterschaft finden. Die Krankenkasse muß eine mächtige Position der Arbeiterklasse werden."

Für Oberschlesier. Ueber die Staatsangehörigkeit der Einwohner des zu Polen gekommenen Teils Oberschlesiens enthält bekanntlich der deutsch-polnische Vertrag von Genf vom 15. 5. 22 ausführliche Bestimmungen. Danach haben Oberschlesier unter gewissen Voraussetzungen eine doppelte Staatsangehörigkeit, die alte deutsche und die polnische. Sie müssen aber bis zum 15. Juli d. J. sich für die eine oder andere entscheiden und zwar, wenn sie Reichsdeutsche bleiben wollen, in Lodz durch mündliche Erklärung vor dem deutschen Konsulat. Andere Oberschlesier wiederum sind zwar ohne weiteres polnische Staatsangehörige geworden, haben aber unter gewissen Voraussetzungen das Recht, bis zum 15. 7. für Deutschland zu optieren. Wir verweisen dieserhalb auf die Bekanntmachung des hiesigen deutschen Konsulats im Anzeigenteil dieser Nummer.

Ratifizierung der Arbeitskonvention durch Polen. Im Sekretariat des Völkerbunds fand durch Polen die feierliche Einreichung der Dokumente über die Ratifizierung von 13 internationalen Arbeitsverträgen statt.

Für die deutschen Wähler. Die Stadtverordneten-Fraktion der D. A. P. hat ihre Sprechstunden wie folgt festgesetzt: Stadtv. Reinhold Klim Montag, Mittwoch und Sonnabend von 6—7 Uhr abends; Stadtv. Ludwig Kuk täglich (außer den Sonn- und Feiertagen) von 5—6; Stadtv. Graß Montags und Freitags von 2—3, Sonnabends von 5—6 und Stadtv. Seidler Sonnabends von 4—5. Auskünfte werden an alle deutschen Volksgenossen ohne Unterschied erteilt.

Arbeitslosenversammlung. Am kommenden Sonnabend, um 2 Uhr nachmittags, veranstaltet der Klassenverband auf dem Wasserring eine Arbeitslosenversammlung, verbunden mit einer Demonstration. Wir machen die deutsche Arbeiterschaft auf diese Versammlung aufmerksam.

Militärpersonen dürfen gemäß einer Anordnung des Innenministers an öffentlichen Versammlungen nicht teilnehmen. Nach derselben Anordnung hat die Polizei das Recht, die Militärs aus politischen Versammlungen zu entfernen.

Der Kampf der Hausbesitzer gegen die Mieter. Mit der neuen Regelung der Mietssätze, die nach Ansicht der Hausbesitzer diese bekürzt, ist der Kampf mit erneuter Heftigkeit zwischen Mieter und Vermieter ausgebrochen. Die Hausbesitzer suchen mit allen erdenklichen Schikanen ihren Mietern das Wohnen zu vergällen. Ein sehr beliebtes Mittel ist das Abstellen des Wassers. Man kann es den Hausbesitzern nicht verdenken, wenn sie, die gewohnt waren, vom Hause zu leben, nicht sehr von den gegenwärtigen Mietssätzen erbaut sind. Alles jedoch muß seine Grenzen haben. Den Mietern das Wasser auf Wochen abzustellen, ist ein starkes Stück. Und noch dazu im Sommer. In der Zielonastraße 9 ist seit Wochen kein Wasser. Und der Wirt, ein gewisser Oswald Gier, denkt gar nicht daran, die Mieter mit Wasser zu beliefern. Interventionen der Polizei verliefen bisher ergebnislos. Gegen diesen Hauswirt müßte ganz energisch eingeschritten werden, umsomehr, da im Nachbarhause Typhus ausgebrochen ist und die Mieter gezwungen sind, von dort Wasser zu holen.

Es ist höchste Zeit, daß solch eine Art der Austragung von Streitigkeiten aufhört. Können sich Mieter und Vermieter über die Höhe der Miete nicht einigen, so sind dazu Mieteinigungsämter bezw. Gerichte da. — Einen eigenartigen Abschluß fand ein Krieg zwischen einem Lemberger Hausbesitzer und seinem Mieter. Immer wenn die Mieter kamen, die Miete zu bezahlen, sagte der Hauswirt: „Kauft Euch dafür einen Sarg und laßt Euch begraben". Die Mieter erlaubten sich nun den Spaß, kauften einen Sarg und stellten ihn vor die Haustür ... des Wirtes. Am nächsten Morgen glaubte der Wirt, als er dies eigenartige Geschenk sah, daß ihn der Schlag rühre. In der ersten Wut warf er den Sarg aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes auf die Straße, wo dieser zerschellte. Die Polizei kam herbei. Filmoperateure photographierten. Die ganze Stadt lachte. Die kläglichen Reste des Sarges waren im Handumdrehen auf die übliche Weise verschwunden. Sie wurden gestohlen. Der Hausbesitzer aber ging in sich und einigte sich mit den Mietern in einer vernünftigen Weise.

Eine Straßenbahnfahrkarte wird vom 1. Juli nach der Umrechnung 20 Groschen kosten, Kinder und Militärs 10 Gr., die Abendbilletts werden abgeschafft. Eine Nachtfahrt wird 30 Gr. kosten.

Diese Nachricht klingt geradezu unglaublich. In der heutigen Zeit des Preissturzes und des Lohnabbaus macht sich die Verwaltung der Straßenbahn kein Gewissen daraus, die Straßenbahnfahrkarten um 60 000 Mark zu erhöhen. Wir erwarten, daß der Stadtrat die ungeheuren Appetite der Herren von der Straßenbahn eindämmen wird.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Wahlversammlung. Am heutigen Mittwoch, den 25. Juni l. J., um 7 Uhr abends, findet in der Fabrik Stöckel eine große Vorwahlversammlung der Ortsgruppe der Deutschen Arbeitspartei statt. Eintritt frei. Jedermann herzlich willkommen.

Warschau. Das kommunistische Zentralkomitee wurde am 22. Juni in einer Anzahl von 27 Personen während einer Beratung außerhalb Warschaus verhaftet.

Lemberg. Der gesamte Redaktionsstab der kommunistischen „Trybuna Robotnicza" wurde verhaftet. Die Zeitung selbst wurde geschlossen.

Von der deutschen Arbeitspartei.

Achtung! Sänger! Am Sonnabend, den 28. Juni, 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Zamenhofa Nr. 17, eine Sitzung der Sänger statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Kleine politische Nachrichten.

40 Zionisten, die von der sowjetrussischen Regierung zur Verschickung nach Sibirien verurteilt worden waren, haben die Erlaubnis zur Ausreise nach Palästina erhalten.

Ein heftiger Zyklon wütete in der Umgegend von Bukarest. Wie die rumänischen Blätter berichten, sind zahlreiche Fabriken und Häuser vernichtet worden. Die Fernsprechleitung ist beschädigt. Die angerichteten Schäden sind sehr groß.

Der Vizeminister des Innern, Dutkiewicz, hat vom Ministerrat die Genehmigung zu seinem Rücktritt erhalten.

Sport.

XI. Gauturnfest in Alexandrow.

Ein Festtag, wie ihn die Deutschen Alexandrows wohl noch nie erlebt haben, ist vorüber. Die brave Alexandrower Turnerschar ließ es sich nicht nehmen, das erste Gauturnfest, nach der nunmehr erfolgten behördlichen Bestätigung des Gauverbandes der Turnvereine in der Wojewodschaft Lodz, in Alexandrow zu veranstalten. Und wenn auch der dem Turnverein Alexandrow zur Verfügung stehende Platz nicht ganz den Anforderungen entsprach, so müssen wir jedoch der Verwaltung dieses Vereins besondere Anerkennung zollen, da sie weder Mühe noch Kosten gescheut hat, den Turnplatz so herzustellen, daß das XI. Gauturnfest in gebührender Weise und ungestört veranstaltet werden konnte. Die Alexandrower haben somit den Beweis erbracht, daß für einen rechten Turner der turnerische Erfolg größere Bedeutung hat, als der materielle Gewinn.

Die technische Ausführung des Wetturnens lag in den Händen des technischen Ausschusses und des Gauturnwarts Herrn Stempel. Die Wetturner haben diesmal mit seltener Genugtuung ob der Objektivität des Ausschusses den Kampfplatz verlassen. Ein neuer Geist scheint in unseren Gauverband eingezogen zu sein, der Geist der Eintracht und turnerischen Kameradschaft. Die Tätigkeit des Ausschusses leitete vollständige Unparteilichkeit.

Nur eines vermißte man am Sonntag: das Pflichtgefühl der einzelnen Vereine darin, das Gauturnfest durch Sondervorführungen und eine starke Beteiligung an der allgemeinen Freiübung zu verschönern. Nur zwei Vereine warteten mit Sondervorführungen auf, und zwar: dies in erster Linie der Turnverein „Kraft", dessen Aktiven unter Leitung ihres Turnwarts Herrn Stempel ein wohlgelungenes Keulenschwingen lieferten, sowie Turnverein „Alexandrow", der mit seinen Jugendlichen mit einer Stabübung unter Leitung des Vorturners Herrn Gendzior auftrat. Die Kürübungen der Besten am Barren und Reck hatten einen schönen Erfolg.

An dem Wetturnen beteiligten sich diesmal rund 100 Turner. Geturnt wurde in vier Stufen, und zwar: Alters- und Jugendstufe (Neunkampf), Ober- und Unterstufe (Zwölfkampf).

Als Sieger gingen hervor: In der Altersstufe: 1. Frinker Johann, „Kraft", 149 Punkte, 2. Adolf Gendzior, Alexandrow, 129, 3. Doberstein Emil, Zgierz, 128, 3a. Mikisch Reinhold, Zgierz, 128, 4. Braun Alfons, Zgierz, 126, 5. Milde Heinrich, „Eiche", 125, 6. Vogel Albert, Zgierz, 124, 7. Hadrian Oskar, Alexandrow, 122, 8. Vogel Alfons, Zgierz, 118, 9. Dreßler Oskar jr., „Kraft", 116, 10. Voller Oskar, Dąbrowa, 110.

In der Jugendstufe: 1. Disterhöft Alex, L. Sp. u Tv., 134, 2. Scheffel Artur, Dąbrowa, 128, 3. Thum Rudolf, „Eiche", 126, 4. Hegenbardt Leonh., Pabianice, 120, 5. Feist Bruno, L. Sp. u. Tv., 119, 6. Piltz Martin, „Kraft", 118, 7. Markgraf Herbert, Pabianice, 117, 8. Milde Alfred, „Eiche" 116, 8a. Lesch Alfred, „Kraft", 116, 9. Kurz Otto, „Kraft", 114, 9a. Burg Hugo, L. Sp. u. Tv., 114, 10. Kelm Otto, L. Sp. u. Tv., 113, 10a. Zielinski Franz, „Eiche", 113, 11. Chrzanowski Zygmunt, Dąbrowa, 112, 11a. Geisler Bruno, „Kraft", 112, 12. Wendland Bruno, L. Sp. u. Tv., 110, 13. Mees Rudolf, Pabianice, 109, 13a. Seifert Gustav, „Eiche", 109, 13b. Hintz Alfred, Dąbrowa, 109, 14. Stefan Artur, Pabianice, 108, 15. Friedrich Julius, „Kraft" 107, 16. Lemke Eugen, „Kraft", 106, 17. Reich Adolf, Zgierz, 102.

In der Oberstufe: 1. Löfler Edmund, Pabianice, 204, 2. Haubert Gustav, Dąbrowa, 192, 3. Funke Rudolf, L. Sp. u. Tv., 172, 4. Wendler Bernhard, Pabianice, 162, 5. Schulz Reinhold, Pabianice, 161, 6. Prochowski Wilhelm, Alexandrow, 155, 7. Groß Artur, „Kraft" 149.

In der Unterstufe: 1. Anton Ferdinand, Alexandrow, 193, 2. Hadrian Theodor, Alexandrow, 182, 3. Prochowski Oswald, Alexandrow, 180, 4. Riedel Gustav, „Eiche", 179, 5. Schulz Artur, Pabianice, 178, 6. Prokopp Johann, Konstantynow, 176, 6. Thum Otto, „Kraft" 166, 8. Hadrian Max, Alexandrow, 165, 9. Menzel Arno, „Kraft" 160, 10. Hadrian Gustav, Alexandrow, 159, 11. Gittel Erwin, L. Sp. u. Tv., 149, 11a. Jurke Paul, „Kraft", 149, 12. Gellert Artur, Konstantynow, 148, 12a. Weber Alfred, Konstantynow, 148, 13. Andrysiak Theodor, „Kraft", 142, 19. Kretschmer, Franz, „Kraft", 141, 15. Maschke Hermann, Alexandrow, 137, 16. Stenzke Gerhard, Alexandrow, 136.

Der Sport- und Turnverein hatte diesmal eine schwache Vertretung. Schuld daran trägt unzweifelhaft die Requisition der Turnhalle, wodurch den Turnern die Möglichkeit genommen ist, die Uebungen abzuhalten.

Fußballwettspiele.

Am Sonntag wurden nachstehende Fußballwettspiele ausgetragen:

Ł. K. S. — Varsovia 5:0 (2:0)
28 P. S. K. — 31 P. S. K. 4:1
Hakoah — Amateure 1:0
Achdut — Samson 2:2
G. M. S. — Sokół 4:1
Widzew I — Pab. Z. V. I 3:0
Widzew II — Pab. Z. V. II 3:0.

In Warschau siegte der deutsche Fußballmeister
Fürth (Bayern) — Polonia 5:3.

In Krakau siegte
S. T. C. (Budapest) — Makkabi 7:1 (3:1).

In Lemberg spielten:
Törekves (Budapest) — Pogon 4:1 (1:0)
Wisla (Krakau) — Czarni 4:3 (3:1).

Fürth (Deutschland) — Polonia (Warschau). Ueber das Spiel des deutschen Fußballmeisters „Fürth" mit der Warschauer „Polonia" berichtet der „Kurjer Polski": In der ersten Halbzeit spielte „Polonia" sehr gut. Sie schoß hintereinander 3 Goale, u. zw. in der 16., 22. und 26 Minute. Nun legte sich auch „Fürth" tüchtig ins Zeug. In der 28. Minute gelingt es der deutschen Mannschaft das erste Goal zu schießen. Nach diesem ersten Tor ist ein Ermatten der polnischen Mannschaft festzustellen. Das Tempo läßt nach. Man geht in die Verteidigungsstellung. In der 36 und 43. Minute schießen die Deutschen zwei weitere Goale, so daß die Halbzeit mit 3:3 endet.

In der zweiten Halbzeit führt „Fürth" den Angriff. „Polonia" läßt immer mehr nach. Sie macht den Eindruck, daß sie überhaupt nicht mehr fähig zu einer Aktion ist. Die Deutschen erzielen in der 23. und 35. Minute zwei weitere Tore. Das Spiel wird mit 5:3 zugunsten der Gäste abgepfiffen.

Die deutsche Mannschaft hat ein ruhiges und zielbewußtes Spiel geliefert. Wenn man noch die Ausdauer der Spieler, die tadellose Verteidigung sowie das erstklassige Zusammenspiel in Betracht zieht, so muß man gestehen, daß der Sieg des deutschen Fußballmeisters verdient war. Die Mannschaft der „Polonia", vom Publikum aufgestachelt, spielte zum Schluß sehr aufgeregt und ordinär.

Die polnische Meisterschaft im Chausseerennen

über 200 km errang Höchsmann (Krakau). Zweiter wurde Krzeminski, dritter Blicharski, 4. Ignatowicz, 5. Kostrzembski, alle aus Lemberg, 6. Karle, Warschau, 7. Kaminski, Warschau und 8. „Ford", Lodz.

Aus aller Welt.

Im Staate Kalifornien sind zwei Städte durch einen Wirbelsturm zerstört worden. Man zählte 52 Tote und mehr als hundert Verwundete.

Künstlicher Regen. Herr Charles Hatfield hatte den Farmern Kaliforniens versprochen, in der regenarmen Zeit vom 15. März bis zum 15 April mindestens ein und ein Viertel Zoll Regen zu verschaffen, wofür er 2000 Dollar erhalten sollte. Für jedes weitere Viertel eines Zolls sollte die Gebühr ebenfalls 2000 Dollar betragen.

Charles Hatfield hat darauf hin seine „Regenfabrik" eingerichtet, und es ist ihm gelungen, in der angegebenen Zeit eine Wassermenge von 2,29 Zoll vom wolkenlosen Himmel herunterzuholen. Es wurden ihm darauf hin 8000 Dollar ausgezahlt. Die großen französischen Syndikate der Landwirte und Weinbergbesitzer haben in Anbetracht dieser Erfolge beschlossen, in gewissen Gegenden Frankreichs, die gegen Sommerende stark unter der Dürre leiden, ebenfalls eine solche Regenfabrik errichten zu lassen. Man hat ausgerechnet, daß die stärkste Wirkung des künstlichen Regens sich auf einer Fläche von einer Million Hektar bemerkbar macht.

Chinesische Amazonen. Wie sich die amerikanischen Zeitungen aus Peking berichten lassen, hat eine schwerbewaffnete und gut organisierte chinesische Räuberbande, die ausschließlich aus Frauen bestand, vor einiger Zeit die an der Eisenbahnstrecke Peking—Hankow gelegenen Ortschaften und kleineren Städte überfallen und zahlreiche junge Männer, meist Söhne wohlhabender Leute, entführt. Viele der jungen Männer sind gezwungen worden, aus der Zahl der rabiaten Amazonen eine Ehegesponsin auszuwählen und — bildlich gesprochen — heimzuführen. Für die übrigen, deren körperliche Vorzüge offenbar den Ansprüchen dieser wählerischen Damen nicht genügten, wird Lösegeld gefordert. — Die chinesischen Amazonen bekunden jedenfalls eine recht eigentümliche Auffassung von der Kunst, wie man Männer fesselt.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	20. Juni	24. Juni
	in Zloty	
Engl. Pfd.	22,53	22,42
Dollar	5,18½	5,18½
Schw. Frank.	91,98	92,01
Franz. Frank	28,—	27,56
Belg. Frank	24,37	23,38
Goldbons	—,76	—,73

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Bekanntmachung.

Option der Oberschlesier bis 15. 7. 24.

Nach dem Genfer deutsch-polnischen Abkommen vom 15. 5. 22 über Oberschlesien Art. 26 erwerben diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die in dem jetzt polnischen Teile Oberschlesiens geboren sind, aber am 15. 6. 22 außerhalb Polnisch-Oberschlesiens — z. B. in Lodz — wohnten, unter gewissen Voraussetzungen die polnische Staatsangehörigkeit neben der deutschen.

Sie müssen sich aber bis zum 15. 7. 24 für die deutsche oder die polnische Staatsangehörigkeit entscheiden.

Wer von ihnen deutscher Reichsangehöriger bleiben will, muß sich in Lodz vor dem unterzeichneten Konsul erklären. Er behält dadurch die deutsche, verliert aber die polnische Staatsangehörigkeit.

Wer eine solche Erklärung unterläßt, behält die polnische Staatsangehörigkeit, verliert aber von selbst die deutsche.

Außerdem können diejenigen Oberschlesier, die nach dem genannten Vertrage ohne weiteres polnische Staatsangehörige geworden sind, unter gewissen Voraussetzungen bis zum 15. 7. wieder für Deutschland optieren.

Wegen aller Einzelheiten wende man sich rechtzeitig — vor dem 15. des nächsten Monats — an dieses Konsulat.

Lodz, den 21. Juni 1924.

Der deutsche Konsul
Hoffmann-Fölkersamb.

215